

Original Version Lehrmittel „Gesellschaften im Wandel“

Sozialistinnen / Sozialisten

Eine Sozialistin, ein Sozialist strebt eine Gesellschaft an, in der alle die gleichen Rechte haben und wirtschaftlich gleichgestellt sind. Die Idee des Sozialismus entstand im 19. Jahrhundert und wurde zum Kern einer sozialen Bewegung

Bürgerliche / bürgerlich

In der Schweiz geläufige Sammelbezeichnung für politische Parteien, die sich an Werten wie Unternehmergeist, Privatbesitz, Verbundenheit zur Nation und zur Armee orientieren

Seite 92

Sozialpolitik

Mit den Massnahmen der Sozialpolitik wird versucht, die Lebensumstände vor allem von benachteiligten Gruppen zu verbessern. Neben dem Staat übernehmen auch Unternehmen, Gewerkschaften oder andere Organisationen Verantwortung in der Sozialpolitik

Version der Jungfreisinnigen Kanton Zürich

Sozialistinnen / Sozialisten

Eine Sozialistin, ein Sozialist strebt eine Einheitsgesellschaft ohne Kapitalismus und Ungleichheiten an, in der alle gleich viel Geld haben. Er erreicht dies mit Hilfe des autoritären oder totalitären Staates und beraubt seine fleissige Bevölkerung um ihren Lohn. Weil sich das die Bevölkerung nicht gefallen lässt, wendet der Sozialist Gewalt an. Im Namen des Sozialismus mussten so schon hunderte Millionen unschuldiger Personen sterben

Bürgerliche / bürgerlich

In der Schweiz geläufige Sammelbezeichnung für politische Parteien, die sich daran orientieren, dass jedem Individuum die grösst mögliche Freiheit zur persönlichen Entfaltung belassen wird. Rechtssicherheit wie Privatbesitz oder wirtschaftliche Freiheit sind hierfür Grundvoraussetzungen. Der Staat soll so gering als nötig Einfluss auf die Bürgerinnen und Bürger nehmen

Sozialpolitik

Mit den Massnahmen der Sozialpolitik wird versucht, die Lebensumstände vor allem von benachteiligten Gruppen zu verbessern. Dieser Versuch, der Milliarden an Steuergeldern verschlingt, gelingt nur mässig: Heute werden die Leistungen im Giesskannenprinzip an alle ein bisschen verteilt. Eine subjektbasierte Unterstützung der benachteiligten Gruppen oder Personen findet nicht statt. Manchmal bekommen auch die falschen Personen Sozialleistungen (Betrug und Missbrauch).

Seite 135

ATTAC: Kampf für einen fairen Handel

Die weltweit aktive Bewegung ATTAC setzt sich unter anderem dafür ein, dass aus dem freien Welthandel ein fairer Handel wird: ein Handel also, der niemanden benachteiligt. In den westlichen Ländern versucht ATTAC, die Menschen mit speziellen Aktionen auf die negativen Folgen von zu viel Konsum aufmerksam zu machen.

ATTAC: Bevormundung oder fairer Handel

Die weltweit aktive Bewegung ATTAC setzt sich unter anderem dafür ein, dass aus dem freien Welthandel ein fairer Handel wird: ein Handel also, der niemanden benachteiligt. Oder schon? ATTAC ist eine sozialistische Organisation, die vorgibt, sich für den fairen Handel einzusetzen. Allerdings verfolgt sie genau das Gegenteil und bekämpft die Globalisierung und damit das Fundament unseres Wohlstandes. Zudem bevormundet sie die Bevölkerung, indem sie ihr vorschreiben möchte, was sie essen oder kaufen darf.

Seite 115

Allerdings ist dieser Kampf trotz Stimm- und Wahlrecht nicht vorbei. Auch heute sind die Frauen zum Beispiel in der Arbeitswelt den Männern nicht vollständig gleichgestellt und nehmen weniger Führungspositionen ein.

Frauen und Männer haben heute die gleichen Rechte. Einzige Ausnahmen sind das tiefere Rentenalter für die Frauen und die Wehrdienstpflicht, die nur für Männer gilt.

Seite 116

Und: Auf dem Arbeitsmarkt besteht auch heute noch eine Lohnungleichheit von rund 20 Prozent zwischen Männern und Frauen

Die seit Jahren von Sozialisten und Feministinnen gemachte Propaganda, dass Frauen für dieselbe Arbeit weniger verdienen als Männer, ist eine Lüge. Zahlreiche Studien, die alle arbeitstypischen Merkmale berücksichtigen, finden keinen Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern.

Seite 130

Schattenseiten der Globalisierung

Längst nicht alle Menschen profitieren von der Globalisierung: Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, sind wirtschaftlich schwächere Volkswirtschaften gezwungen, billig zu produzieren. Deshalb haben Arbeiterinnen und Arbeiter in Ländern wie Bangladesch ein sehr hartes Leben

Seite 140

Unterstützung durch NGOs

Bei der Entwicklung und Durchsetzung von Menschenrechten spielen auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine wichtige Rolle. Sie berichten über die Situation der Menschenrechte, untersuchen in konkreten Fällen Vorwürfe zu Verstößen, helfen Betroffenen und machen auf ihr Schicksal aufmerksam. Mithilfe der Öffentlichkeit üben sie Druck auf Regierungen aus. Sie informieren die UNO und unterstützen ihre Arbeit

Schattenseiten der Globalisierung

Die Globalisierung ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Der Wohlstand ist dank ihr weltweit gestiegen und so hoch wie noch nie, die Armutquote ist auf einem Rekordtiefststand und die Lebenserwartung war noch nie so hoch wie heute. Die einzige Schattenseite der Globalisierung ist, dass der Erfolg jeweils erst Jahre später in den Statistiken abgebildet ist.

Unterstützung durch NGOs

Bei der Entwicklung und Durchsetzung von Menschenrechten spielen auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine wichtige Rolle. Sie berichten über die Situation der Menschenrechte, untersuchen in konkreten Fällen Vorwürfe zu Verstößen, helfen Betroffenen und machen auf ihr Schicksal aufmerksam. Viele NGOs vertreten gerade im Umweltschutz, bei Menschenrechten, oder in der Entwicklungshilfe sozialistische Positionen. Sie setzen sich somit für weniger Wohlstand, weniger Rechte und weniger Umweltschutz für die betroffenen Personen und Regionen ein. Um diesen Linksextremismus zu verbreiten, benötigen sie Geld. Dieses beschaffen sie, indem sie gezielt mit Falschinformationen und Propagandafilmen die getäuschte Bevölkerung abzockt. NGOs werden zudem teilweise von Multimilliardären («Pseudophilantropen») finanziert. Daher wird die Unabhängigkeit der NGOs oft in Frage gestellt oder ihnen gar Etikettenschwindel vorgeworfen.

Seite 144

So besetzte zum Beispiel im Herbst 2011 die „Occupy Wall Street“-Bewegung über mehrere Wochen hinweg einen Park im Banken- und Börsenviertel von New York. Die Bewegung forderte mit dieser Aktion mehr Kontrolle der Regierungen über die Banken

So besetzte zum Beispiel im Herbst 2011 die „Occupy Wall Street“-Bewegung über mehrere Wochen hinweg einen Park im Banken- und Börsenviertel von New York. Die Bewegung forderte mit dieser Aktion die Kontrolle der Regierungen über die Banken. Dieser Bewegung haben sich rasch diverse Nachahmer angeschlossen und so besetzten in mehreren Städten, inklusive Zürich, diese Demonstranten öffentliche Plätze und Parks. Zudem verhinderten teilweise die Besetzer mit Gewalt und Sperrungen, dass die Bevölkerung arbeiten gehen konnte.